

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/184

Bonn, den 26. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Blick nach vorn -----	51

Jetzt kommt es auf den Wähler an!

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 4	SPD-Finanzprogramm 1970-73 -----	80
-------	-------------------------------------	----

Von Dr. Alex Möller,
Erster stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

5	Frankreichs Erwartungen zur Bundestagswahl -----	42
---	---	----

Man rechnet mit SPD-Erfolg

Von Georg Scheuer, Paris

BLICK NACH VORN

Jetzt kommt es auf den Wähler an!

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 28. September werden die mündigen Bürger in unserem Land darüber zu entscheiden haben, ob die konservativen Kräfte weiter lebensnotwendige Reformen in der Bundesrepublik bremsen oder gar blockieren können - ob es also wieder zur Bewegungslosigkeit vergangener Jahre kommen soll - oder ob eine Regierung gebildet werden kann, die eine Politik der soliden Reformen und der konsequenten Friedenssicherung betreibt.

Es geht darum, in unserem Staat mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Die Arbeitnehmer müssen an dem von ihnen erarbeiteten allgemeinen Wohlstand einen gerechteren Anteil erhalten.

Die alten Menschen müssen die Gewißheit haben, daß sie dem Lebensabend ohne Angst vor wirtschaftlicher Not entgegensehen können.

Der Jugend muß der Weg freigemacht werden für eine bessere Ausbildung und für den Anschluß an den Bildungsstand anderer Industrienationen.

Wir müssen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit verwirklichen. Deshalb brauchen wir eine vereinfachte und gerechtere Steuergesetzgebung. In Stadt und Land muß der Bodenspekulation ein Ende bereitet werden, damit wir preisgerechtere Wohnungen bauen können und notwendige Entwicklungen im Städtebau nicht weiter blockiert werden.

Die Verwaltung des Staates hat dem Menschen zu dienen. Sie

darf nicht Selbstzweck sein, sie muß beweglicher gemacht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht Freunde in der ganzen Welt. Die neue Regierung darf sich nicht damit begnügen, andere vorzuschicken, wenn es darum geht, für den Frieden zu arbeiten. Sie muß mit eigenen Beiträgen in West und Ost beweisen, daß unser Volk helfen will, Spannungen abzubauen und den Frieden sicherer zu machen.

Der Aussöhnung mit unseren westlichen Nachbarn muß die Aussöhnung mit dem Osten folgen. Ohne Illusionen, aber zielstrebig muß die neue Bundesregierung, gestützt auf das Vertrauen ihrer westlichen Freunde, jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um auch zum Osten Brücken zu schlagen. Allzu viel wurde in der Vergangenheit versäumt. Hier muß vieles aufgearbeitet werden.

Soziale Gerechtigkeit im Innern, Abbau der Spannungen, Wohlstand und Sicherheit - das alles werden wir nur verwirklichen, wenn wir uns an einer Politik des Friedens orientieren.

Der Staat von morgen muß modern und tolerant sein. Auf die gute Mannschaft kommt es an, auf die Leistung eines Teams, das sich auf die Gemeinschaftsarbeit der Mehrheit unseres Volkes stützen kann.

Wir Sozialdemokraten richten den Blick nach vorn. Die Berufung auf Verdienste in vergangenen Zeiten genügt nicht. Sie setzt nichts in Bewegung. Sie verleitet zum Ausruhen auf alten Lorbeern.

Die SPD kämpft von Anfang an für die soziale Demokratie. Jetzt ruft sie die Bürger dieses Landes auf, ihr das Mandat zur Verwirklichung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens zu geben.

Der Wähler hat am 28. September zu entscheiden, wie es weitergehen soll. Auf ihn kommt es an.

SPD-Finanzprogramm 1970-73

Von Dr. Alex Möller,
Erster stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wer vorankommen will, macht Pläne. Er trifft Entscheidungen für die Zukunft. Er muß überlegen: Wie ist auf längere Sicht die Berufsausbildung, die Wohnung, das Auto, der eigene große oder kleine Betrieb zu finanzieren?

Vor den gleichen Fragen steht eine verantwortungsbewußte Regierung. Zur Lösung hat sie seit 1967 die von Sozialdemokraten geforderte und mitgestaltete mittelfristige Finanzplanung. Diese verhindert, daß der Staat mehr Geld ausgibt, als er einnimmt; sie sichert die richtige Weichenstellung für die Zukunft.

Die SPD will solide, realisierbare Politik für Deutschland betreiben - nicht unerfüllbare Träume den Wählern vorgaukeln. Deshalb hat die SPD - bisher als einzige Partei - ihr Regierungsprogramm 1969 durchgerechnet und hinsichtlich seiner volkswirtschaftlichen und finanziellen Durchführbarkeit abgesichert.

Die Finanzmisere der Ära eines CDU-Kanzlers und eines FDP-Finanzministers wird sich unter der politischen Führung der SPD nicht wiederholen.

Was erwartet Sie, wenn Sie am 28. September SPD wählen?

1. Im SPD-Regierungsprogramm 1969 heißt es:

- * "Wir werden auch künftig den Arbeitnehmern die Vollbeschäftigung
- * und den Selbständigen die wirtschaftliche Existenz sichern. Die
- * Realeinkommen werden weiter steigen. Die Stabilität des Preisni-
- * veaus wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen innere
- * und äußere Gefahren verteidigt."

Die Voraussetzungen dafür enthält die wissenschaftlich fundierte Zielprojektion der SPD für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft bis 1973.

2. Im SPD-Regierungsprogramm 1969 heißt es:

- * "Gesunde Finanzen sind die Grundlage eines gesunden Staates. Wir
- * werden sie weiter sichern."

Deshalb haben wir das Finanzprogramm für die vier Jahre 1970 bis 1973 aufgestellt. Es sieht Ausgaben des Bundes in Höhe von 385 Milliarden DM vor. Sie werden überwiegend aus Steuern finanziert, ein kleiner Rest aus Krediten und Verwaltungseinnahmen. Eine Erhöhung der Steuer-

belastung ist nicht vorgesehen.

3. Die SPD fordert in ihrem Regierungsprogramm 1969:

- * "In den nächsten Jahren muß ein einfaches und überschaubares Steuer-
- * system eingeführt werden. Der Arbeitnehmerfreibetrag bei der Lohn-
- * steuer wird zugunsten der Arbeitnehmer verdoppelt."

Diese Verdoppelung wird schon ab 1970 in unseren Steuerschätzungen berücksichtigt. Die Lohnsteuerzahler werden dadurch jährlich um rund eine Milliarde DM entlastet. Dem Bundeshaushalt kostet das dann 450 Millionen DM.

4. Die von der jetzigen Bundesregierung unter Mitwirkung der SPD erstellte Finanzplanung 1968 bis 1972 enthält bereits wichtige sozialdemokratische Forderungen.

Durch das SPD-Regierungsprogramm werden wachstumsfördernde und zukunftsorientierte Aufgaben schwerpunktmäßig bis 1973 weiter gefördert:

- * Wir stellen kontinuierlich Geld bereit zur Verdoppelung der Auto-
- * bahnkilometer bis 1985. Zur Lösung der gemeindlichen Verkehrsprob-
- * leme können im Jahre 1973 über eine Milliarde DM aus der Mineral-
- * ölsteuer zweckgebunden verausgabt werden.

Zur Wohnungspolitik und zum modernen Städtebau heißt es im SPD-Regierungsprogramm 1969:

- * "Die Schaffung ausreichenden Wohnraums zu tragbaren Kosten gehört
- * zu den entscheidenden gesellschaftspolitischen Aufgaben. Den Bau
- * von Wohnungen für junge Ehepaare, kinderreiche Familien und ältere
- * Menschen werden wir verstärkt fördern. Die Einkommensgrenze in der
- * Wohnungsbauförderung und die Mietobergrenzen im Wohngeldgesetz müs-
- * sen den veränderten Verhältnissen angepaßt werden."

Die Finanzierung dafür ist gesichert; die Bundesmittel werden jährlich um rund 15 Prozent gesteigert.

Bildung und Forschung sind die entscheidenden Aufgaben der siebziger Jahre. Deshalb müssen die Mittel für das neue Ausbildungsförderungsgesetz weiter verstärkt werden, um zum Beispiel ab 1971 das zehnte Schuljahr in die Förderung einbeziehen zu können.

Vom Stand der Forschung hängen Vollbeschäftigung und Lebensstandard ab. Die Bundesausgaben für Wissenschaft und Forschung werden deshalb bis 1973 fast verdoppelt.

Im Regierungsprogramm der SPD heißt es:

- * "Das Recht jedes Bürgers auf soziale Sicherheit verpflichtet den
- * Staat."

Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich bleiben daher der größte Block im Bundeshaushalt. Mit 100 Milliarden DM im Vier-Jahreszeitraum. Ab 1970 werden die Kriegsofferrenten erhöht und der Familienlastenausgleich verbessert.

Das sind Beispiele zur Finanzierung des Regierungsprogrammes 1969 der SPD. Die SPD ist immer für finanzpolitische Solidität. Sie ist nicht bereit, die neugewonnene Ordnung der Bundesfinanzen im Wahlkampf zu gefährden. - Und warum sagt die CDU/CSU nicht, was ihr Programm kosten wird? + + +

Frankreichs Erwartungen zur Bundestagswahl

Man rechnet mit SPD-Erfolg

Von Georg Scheuer, Paris

Wenige Stunden vor der Bundestagswahl glauben französische Beobachter fast übereinstimmend, die SPD werde am Sonntag einen knappen Sieg erringen. Mehr denn je stand der Wahlkampf im Zentrum der Pariser Aufmerksamkeit und überschattete zeitweise sogar die inneren französischen Vorgänge.

LE MONDE veröffentlichte in den letzten Tagen auf der ersten Seite eine Artikel-Serie ihres Deutschlandspezialisten Franceschini: Der erste befaßte sich ausführlich mit den Chancen einer "kleinen Koalition". Der zweite mit der "gut verteidigten DM" (hauptsächlich eine Würdigung der Leistung des Bundeswirtschaftsministers Schiller); der dritte mit dem "Schaukelspiel der Großen Koalition".

Das führende französische Blatt brachte schon vorher ausführliche Berichte unter den bezeichnenden Titeln "Willy Brandts Kampagne - gelassen und ohne Polemik" und "Schillers Kampf gegen die Inflation".

Die Regierungsfähigkeit und Reformfreudigkeit der SPD werden an der Seine besonders unterstrichen. Die Tiefschläge der CDU-Kampagne hingegen erregen auch in konservativen Kreisen Kopfschütteln.

Das Pariser Wirtschaftsblatt ECNOS unterstreicht in einer Bilanz die wirtschaftlichen Erfolge der Großen Koalition; hauptsächlich dank Bundeswirtschaftsminister Schiller nach der Rezession während der Ära Erhard. Großes Rätselraten an der Seine ist nach der Schließung der deutschen Devisenbörsen die Frage nach einer DM-Aufwertung. Hierzu ECNOS: "Die beiden Parteien hätten in der letzten Zeit in einem wesentlichen Punkt Differenzen. Die SPD wollte die DM aufwerten, hauptsächlich aus weltpolitischen Überlegungen, was Verständnis für internationale Probleme beweist sowie ihr Geschick in den Beziehungen mit dem Ausland, vornehmlich mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Die CDU hingegen spielte mit Strauß die Karte einer souveränen und unberührbaren DM im Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen".

Schillers Bilanz resumiert das Pariser Wirtschaftsblatt mit folgenden Worten: "Anwachsende Industrieproduktion von Jahr zu Jahr, Steigerung des Lebensniveaus bei stabilen Preisen, zunehmender Ausfuhrüberschuß. Bonn ist der Bankier für London und Paris geworden. In einem schwankenden Europa gab die Bundesrepublik den Eindruck eines ruhenden Pols. Ihr Prestige ist gewachsen. Alles in allem eine positive Bilanz."

Der rechtsliberale AUCORE betitelte die Reportage zuletzt "CDU und SPD Kopf an Kopf", fügte aber hinzu, daß ein Teil der Wähler sich noch nicht entschieden hätte. Der konservative FIGARO schließlich widmet seine letzten Berichte den kleineren Parteien, insbesondere der FDP. Die Bildung einer "kleinen Koalition" wird in Paris immer mehr ins Auge gefaßt.